

PLATZ DA!

Jugendpolitische
Forderungen
2020



Es ist unsere Stadt!

Jugendpolitische Forderungen des Kreisjugendring München-Stadt zur Kommunalwahl 2020

In der Landeshauptstadt München leben aktuell über 1,5 Millionen Menschen – Tendenz steigend. Etwa 400.000 davon sind jünger als 27 Jahre. Das ist mehr als ein Viertel der Stadtbevölkerung.

Sie alle wollen und sollen unsere Stadt mitgestalten und müssen die Möglichkeit haben, sie nach ihren Bedürfnissen zu prägen, denn es ist (auch) ihre Stadt.

Um in München gut aufwachsen zu können, ist ein tragfähiges politisches, soziales, kulturelles und wirtschaftliches Fundament erforderlich, das verlässliche Perspektiven für junge Menschen schafft. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe ist eine Jugendpolitik unabdingbar, die die Anliegen junger Menschen zum Maßstab ihres Handelns macht.

Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) hat das politische Mandat zur Formulierung dieser „Jugendpolitischen Forderungen“ übernommen. Wir richten sie an Stadtpolitik und Verwaltung der Landeshauptstadt München.

Die Jugendpolitischen Forderungen sind eine Handlungsaufforderung an Stadtpolitik und Verwaltung für die kommenden Jahre.



Inhalt

- 3 München gegen Rechts
- 4 München nachhaltig
- 5 München sozial gerecht
- 6 München bildungsgerecht
- 7 Freiräume in München
- 8 Wohnen in München
- 9 München gestaltet Migration und fördert Integration
- 10 München inklusiv
- 11 München mobil

München gegen Rechts

Parteien, die am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums agieren, sind inzwischen in fast allen Parlamenten vertreten. Ihr radikales Gedankengut reicht bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger, die sich für eine offene demokratische Gesellschaft engagieren, werden als „linksextremistisch“ diskreditiert. Menschen, die sich dieser rechten Ideologie entgegenstellen, sehen sich Hetze und Angriffen ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund werden auch in der Münchner Stadtgesellschaft gezielt Ängste geschürt. Intoleranz und Rassismus wird Vorschub geleistet. Extrem rechte Organisationen wie die „Identitäre Bewegung“ oder „Der III. Weg“ sind on- und offline aktiv. Sie agieren innerhalb eines erstarkenden rechtsterroristischen Netzwerks. Selbst der Bundesinnenminister bestätigt inzwischen: „Die Entwicklung ist besorgniserregend“.*

Unsere Forderungen

- ◆ Politisch Verantwortliche benennen rechtsextreme Positionen unmissverständlich als das, was sie sind: radikal, zerstörerisch, menschenverachtend und demokratiefeindlich. Vertreterinnen und Vertreter solcher Positionen werden nicht zu Gesprächs- und Diskussionsforen eingeladen. Diesen Organisationen werden keine Veranstaltungsräume überlassen.
- ◆ Stadtpolitik und Verwaltung unterstützen uneingeschränkt zivilgesellschaftliche Initiativen und demokratische Organisationen, die politische Informations-, Aufklärungs- und Bildungsarbeit leisten. In den städtischen Schulen ist das Eintreten für Offenheit, Demokratie und Toleranz kein politisches Lippenbekenntnis. Alle Schulen klären umfassend über populistisches und rechtsextremes Gedankengut auf.
- ◆ Die Initiative „Schule ohne Rassismus“/„Schule mit Courage“ in München wird durch verbesserte Koordination, umfassende Beratung und bedarfsgerechte Finanzierung unterstützt.
- ◆ Vertreterinnen und Vertreter der Stadtpolitik nehmen die Anliegen der Bevölkerung ernst und zeigen auch außerhalb des Wahlkampfs deutlich Präsenz in allen Stadtbezirken.
- ◆ Die Verantwortlichen innerhalb der Stadtpolitik setzen sich auf Landes- und Bundesebene für ein allgemeines Wahlrecht ab 14 Jahren ein.



* Bundesinnenministerium, Vorstellung des Berichts des Bundesverfassungsschutzes 2018 am 27.06.2019

München nachhaltig

Die Klimakrise stellt weltweit eine existenzielle Bedrohung dar. Ihre Folgen werden für immer mehr Menschen zur Fluchtursache. Wir haben nur noch wenig Zeit, eine unumkehrbare Klimakatastrophe abzuwenden. Die Politik in Bund, Ländern und Kommunen muss unverzüglich handeln. Nicht zuletzt Großstädte wie München müssen sofort gegensteuern, denn die Klimaschutzziele sind ohne engagierte Kommunen nicht zu erreichen. Gleichzeitig müssen die Maßnahmen zum Klimaschutz sozial verantwortlich ausgestaltet werden. Im Sinne aller künftigen Generationen ist deshalb ein grundlegender kultureller Wandel erforderlich, der auf nachhaltigen Lebensformen und einem gesellschaftlichen Miteinander aufbaut.

Unsere Forderungen

- ◆ Die „Fridays for Future“-Forderung wird umgesetzt: München vermeidet bis zum Jahr 2035 alle hier durch Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen durch entsprechende Reduktionsmaßnahmen.
- ◆ „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) und „Globales Lernen“ (GL) sind in allen Bildungsbereichen verankert und mit genügend Ressourcen ausgestattet.
- ◆ Nachhaltigkeit ist für städtische (Bildungs-)Einrichtungen verpflichtend. Hierfür stellt die Stadtpolitik die notwendigen Ressourcen zur Verfügung. In der Praxis bedeutet das beispielsweise: flächendeckende Einführung von öko-fairen Lebensmitteln, abfallarme Verpflegung, konsequent nachhaltige Ausrichtung des Beschaffungswesens sowie Berücksichtigung von öko-sozialen Kriterien bei Bau, Sanierung und Ausstattung.
- ◆ Die Stadt bewahrt zweckfreie Grünflächen und Naturräume und schafft gleichzeitig neue. Dazu geht sie gegen fortschreitende Flächenversiegelung vor und ergreift Maßnahmen zur Entsiegelung sowie zum Stopp des ausufernden Bodenverbrauchs.



München sozial gerecht

Die Münchner Jugendbefragung zeigt: München ist zu teuer. Mobilität, Wohnen, Freizeit – viele junge Menschen können sich das nicht leisten. Über die Hälfte von ihnen befürchtet, in dieser reichen Stadt finanziell nicht mithalten zu können und damit vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein. Armut und soziale Diskriminierung werden insbesondere von Jugendlichen als Hauptgrund für Benachteiligung angegeben. Das muss sich ändern, denn wir alle gehören zu München – egal ob arm oder reich. München hat nur eine Zukunft, wenn junge Menschen in dieser Stadt lebenswerte Perspektiven finden.

Unsere Forderungen

- ◆ Die Stadtpolitik beschließt die Einführung eines digitalen Jugendpasses mit attraktiven, kostengünstigen und jugendgerechten Freizeitangeboten. Der Jugendpass kann sowohl bei städtischen als auch bei kommerziellen Angeboten eingesetzt werden. Alle jungen Menschen erhalten diesen Jugendpass, der maximal 10 Euro pro Jahr kosten darf. Wer nur über ein geringes Einkommen verfügt, erhält den Pass kostenfrei.
- ◆ Die Leistungen, die aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung stehen, können unkompliziert und diskriminierungsfrei beantragt und abgerufen werden – am besten in Kombination mit dem Jugendpass. Dadurch können mehr junge Menschen die Leistungen in Anspruch nehmen, die ihnen zustehen und so am Leben in der Stadtgesellschaft teilhaben.
- ◆ Die Landeshauptstadt München setzt als Sachaufwandsträgerin eine vollständige Lehrmittelfreiheit um. Dazu gehört u.a. die Übernahme der Kosten für Formelsammlungen, Kopien, Arbeitsbücher und notwendiges weiteres Unterrichtsmaterial. Denn wer vergleichsweise viel Geld für verpflichtendes Schulmaterial ausgeben muss, hat nichts mehr für Freizeit, Sport oder Nahverkehr übrig.



München bildungsgerecht

Alle jungen Menschen – unabhängig von sozio-ökonomischer oder ethnischer Herkunft, körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, geschlechtlicher und sexueller Identität, Religion oder Weltanschauung sowie politischer Einstellung – müssen die gleichen (guten) Bildungschancen haben. Bildung setzt dabei immer an den individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen junger Menschen an. Dies gilt auch für Bildungsprozesse, die in der Jugendarbeit stattfinden. Aufgabe von Jugendarbeit ist es, sich an den Bedürfnissen junger Menschen auszurichten. Sie ist deshalb für die Persönlichkeitsentwicklung Heranwachsender unverzichtbar und muss weiterhin bedarfsgerecht gefördert werden.

Unsere Forderungen

- ◆ Stadtpolitik und Verwaltung setzen sich für eine einheitliche Schulverfassung für alle Schularten ein. Das gilt insbesondere für Grundschulen, wo es bislang keine Mitspracherechte für Schülerinnen und Schüler gibt.
- ◆ Die Planung und Umsetzung von Um-, Erweiterungs- und Neubauten von Schulen erfolgt unter fortlaufender Beteiligung junger Menschen und nach dem Campus-Prinzip. Diese Form der Gestaltung stellt sicher, dass sich Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schultypen und Jahrgänge begegnen und austauschen können.
- ◆ Angebote der Schulsozialarbeit sind an allen Schulen etabliert. Schulsozialarbeit orientiert sich an der Lebenswelt und nicht an den Problemen junger Menschen.
- ◆ Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der kulturellen Bildung sind als unverzichtbare Elemente der Bildungslandschaft bedarfsgerecht und dem Wachstum der Stadt München entsprechend ausgestattet.
- ◆ Die Stadt stellt mehr Mittel für die Qualifizierung und Arbeit engagierter Schülerinnen und Schüler zur Verfügung.



Freiräume in München

Junge Münchnerinnen und Münchner wünschen sich mehr Freiraum in der Stadt. Freiräume sind für uns Orte und Gelegenheiten im öffentlichen Raum, wo sich junge Menschen aufhalten, zeigen, ausprobieren und Fehler machen können. Jugendliche benötigen vor allem zweck- und konsumfreie sowie nicht vorstrukturierte Räume. Die Stadtgesellschaft muss in diesem Zusammenhang jugendliches Leben und eventuell daraus entstehende Reibungen annehmen und aushalten.

Unsere Forderungen

- ◆ Stadtpolitik und Verwaltung unterstützen die Schaffung und den Erhalt bestehender selbstverwalteter Jugend- und Kulturräume. Dazu gehört auch eine Offenheit in der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen in Fragen der Finanzierung. Diese Einrichtungen werden ohne kommerziellen Zwang betrieben und bieten Platz für lebendige Jugendkultur.
- ◆ Das Vergabeverfahren von Räumen zur Zwischenutzung ist transparent und partizipativ. Die Verwaltung veröffentlicht eine Liste von Gebäuden und Einrichtungen, die für eine Zwischennutzung zur Verfügung stehen. Junge Menschen bzw. Initiativen Jugendlicher erhalten gleichberechtigte Chancen bei der Vergabe.
- ◆ Jugendliche werden an allen Prozessen, deren Ergebnisse sie betreffen, durchgehend beteiligt. Die Ergebnisse der Partizipationsprozesse werden umgesetzt.
- ◆ Die Isar ist ein zentraler Aufenthaltsort der Münchner Jugend. Die Bade- und Bootsverordnung für die Isar und die angrenzenden Flächen ist so gestaltet, dass eine Nutzung dieses Naturraums durch junge Menschen bzw. zum Zwecke der Jugendarbeit möglich ist. Die Stadtpolitik sorgt für bedarfsgerechte und zielgruppenorientierte Angebote der Umweltbildung für junge Menschen. Es wird eine Einrichtung „Umweltbildung Isar“ geschaffen.



Wohnen in München

Die Wohnungssituation in der Landeshauptstadt München ist prekär und wird sich in den kommenden Jahren nicht entspannen. Die Mieten explodieren; immer mehr Menschen konkurrieren um Wohnraum. In der Landeshauptstadt entstehen kaum neue preiswerte Wohnungen und solche, die auch alternative Wohnkonzepte ermöglichen. Für junge Menschen ist es nahezu ausgeschlossen, geeignete und bezahlbare Mietobjekte zu finden. Sie sind eine besonders unterstützungsbedürftige Zielgruppe in der Wohnungsfrage.

Unsere Forderungen

- ◆ Die Landeshauptstadt München verpflichtet städtische und private Bauträger, bei der Entwicklung von Neubaugebieten und der Sanierung von Bestandsimmobilien bezahlbaren Wohnraum insbesondere für junge Menschen zu schaffen.
- ◆ Die Angebote zur Wohnungsberatung und Vermittlung von Wohnraum für junge Menschen werden ausgebaut. In Ergänzung dazu gibt es eine zentrale Stelle für die Vermittlung von privatem und öffentlichem Wohnraum an junge Menschen, die sich u.a. um die Notunterbringung Jugendlicher kümmert.
- ◆ Expertinnen und Experten entwickeln zusammen mit jungen Menschen Maßnahmen zur Wohnraum(rück)gewinnung und -vermittlung für Jugendliche.
- ◆ Für die Unterbringung von Auszubildenden schaffen Stadtpolitik und Verwaltung moderne Wohnheimplätze zur Kostenmiete* bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften bzw. im geförderten privaten Wohnungsbau.
- ◆ Für den Nordosten und Norden der Landeshauptstadt München werden unverzüglich Stadtentwicklungsmaßnahmen eingeleitet. Stadtpolitik und Verwaltung planen jetzt die dazu notwendigen baurechtlichen Schritte und setzen diese um.



* Kostenmiete ist die Mietzahlung, die zur Deckung der laufenden Aufwendungen für die Immobilie erforderlich ist. Der Vermieter von Sozialwohnungen (Wohnungen, die mit staatlichen Geldern oder zinsgünstigen Darlehen gefördert wurden) darf nur die Kostenmiete vom Mieter verlangen. Die Kostenmiete ist in der Regel wesentlich niedriger als die auf dem freien Mietmarkt erzielbare Miete. (www.mietrechtslexikon.de)

München gestaltet Migration und fördert Integration

Wenn Personen aufgrund individueller Merkmale einer bestimmten sozialen, ethnischen oder religiösen Gruppe zugewiesen, in diesem Zusammenhang ausgegrenzt oder als Person abgewertet werden, spricht man von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Der KJR verurteilt diese Stigmatisierung und stellt sich entschieden gegen jede Form von Rassismus, Intoleranz und Benachteiligung. Der KJR ist deshalb in verschiedenen Arbeitsfeldern tätig und kämpft für eine bunte und weltoffene Stadt. Wir heißen alle Menschen – ob mit oder ohne Migrationserfahrung – in München willkommen.

Unsere Forderungen

- ◆ Die Freizeit- und Unterstützungsangebote für junge Menschen, die in AnkER-Zentren und anderen Sammelunterkünften für Geflüchtete leben, werden deutlich ausgeweitet und an den Bedürfnissen vor Ort ausgerichtet. Dazu gehören auch gesonderte Angebote und Rückzugsmöglichkeiten für geflüchtete Mädchen und Frauen in diesen Unterkünften. Bei allen Angeboten werden die vor Ort tätigen Träger unterstützt und gefördert.
- ◆ Es stehen ausreichend Ressourcen zur Verfügung, um Räume und bedarfsorientierte kostenlose Freizeitangebote für volljährige junge Geflüchtete zu realisieren.
- ◆ In den Stadtbibliotheken gibt es mehr Bücher in den (Mutter-)Sprachen aller in München lebenden Nationalitäten. In den städtischen Kindertageseinrichtungen und Schulen wird Mehrsprachigkeit als Chance erkannt und gefördert.
- ◆ Junge Menschen mit Migrationserfahrung werden stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden. Die Landeshauptstadt München setzt sich bei den entsprechenden Entscheidungsgremien für ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft ein.



München inklusiv



Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN BRK) ist seit 2009 in Kraft.

Dennoch werden weiterhin Menschen mit Beeinträchtigungen vom politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in der Stadt ausgeschlossen. Sie müssen mit Barrieren kämpfen, die ihnen den gleichberechtigten Zugang zu Angeboten erschweren oder diesen vollständig verhindern. Dies betrifft sowohl Jugendliche mit körperlichen Einschränkungen als auch mit psychischen und seelischen Erkrankungen bzw. Traumata.

Barrieren können bauliche Hürden und auch vorurteilsbehaftete oder gar ablehnende Haltungen durch das soziale Umfeld sein. Gleiche Zugangschancen und Partizipationsmöglichkeiten bei allen Angeboten müssen für alle jungen Menschen selbstverständlich sein.

Unsere Forderungen

- ◆ Stadtpolitik und Verwaltung bauen bestehende Zugangsbarrieren zu allen Bereichen der Daseinsvorsorge (z.B. medizinische Einrichtungen) ab. Dazu gehören auch verpflichtende Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einfacher Sprache sowie zusätzliche Behördenhelferinnen und -helfer bzw. Assistenzen. Städtische Informationsplattformen sind barrierearm.
- ◆ Für junge Menschen mit Beeinträchtigungen gibt es in der Stadtpolitik Möglichkeiten zur Mitbestimmung, beispielsweise ein „Arbeitskreis Jugend“ im Behindertenbeirat.
- ◆ Zusätzlich entstehende Inklusionskosten zur gleichberechtigten Teilhabe an Freizeitaktivitäten – auch im Rahmen der Jugendverbandsarbeit – werden über den städtischen Haushalt finanziert.
- ◆ Die Bedürfnisse junger Menschen mit Beeinträchtigungen werden beim geförderten Wohnungsbau berücksichtigt. Wichtig ist dabei die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum.
- ◆ Die Stadtpolitik setzt sich auf Landesebene für die Schaffung eines inklusiven Schulsystems und die bedarfsgerechte personelle, bauliche und finanzielle Ausstattung dieser Schulmodelle ein.

München mobil

Der Weg zur Schule, zum Ausbildungsbetrieb bzw. zur Ausbildungsstätte, ein Besuch bei Freunden und Verwandten, Freizeit und Sport, Kino und Kultur ... für junge Menschen gibt es viele gute Gründe, unterwegs zu sein. Die hohen Kosten für Mobilität gehören zu den drängendsten Problemen junger Menschen in München. Gleichzeitig erfordern der knappe Verkehrsraum und die Umweltverschmutzung durch den Individualverkehr neue Mobilitätsformen. Diese müssen für junge Menschen unkompliziert, attraktiv, klimaschonend und kostengünstig sein. Öffentlicher (Nah-)Verkehr und individuelle Mobilitätslösungen müssen einen sinnvollen Mix ergeben.

Unsere Forderungen

- ◆ Die Stadtpolitik verpflichtet die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), ein Jugend- und Ausbildungsticket zum Preis von 365 Euro im Jahr für alle jungen Menschen in (Aus-) Bildung anzubieten. Das Ticket ist ohne zeitliche Einschränkungen im Gesamtnetz des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes (MVV) gültig.
- ◆ Stadtpolitik und Verwaltung sorgen dafür, dass die MVG als städtisches Unternehmen ihr Streckennetz ausbaut und die Kapazität der bestehenden Angebote deutlich erweitert.
- ◆ Die Bedarfe junger Menschen werden bei der Gestaltung und Weiterentwicklung des ÖPNV berücksichtigt. Das Nachtangebot ist ausgeweitet und die Fahrzeuge sind mit Steckdosen sowie kostenfreiem WiFi ausgestattet.
- ◆ Der Schutz vor sexuellen Übergriffen im Bereich des ÖPNV wird verstärkt. Fahrgäste und Öffentlichkeit werden sensibilisiert. Das Fahrgastfernsehen zeigt Handlungsanleitungen für gefährliche Situationen, das Personal der Verkehrsbetriebe ist geschult und es gibt Notrufknöpfe in Sitznähe und an allen Haltestellen.
- ◆ Die Forderungen des „Radentscheids“ werden umgesetzt. München fördert alternative Mobilitätskonzepte wie Bike-Sharing, stationsgebundenes Car-Sharing und Mietangebote für weitere Fortbewegungsmittel.



PLATZ DA!

Jugendpolitische
Forderungen
2020



Impressum

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt im Bayerischen Jugendring, KdÖR
Paul-Heysel-Straße.22, 80336 München, Tel.089/51410610, www.kjr-m.de, E-Mail: info@kjr-m.de
Verantwortlich: Judith Greil
Gestaltung: Fa-Ro Marketing, München. Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier
Der Kreisjugendring München-Stadt wird gefördert aus Mitteln der Landeshauptstadt München